

AKTIONSTAG

21

2006

OKTOBER

BERLIN | DORTMUND
FRANKFURT AM MAIN
MÜNCHEN | STUTTGART

Es reicht!

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Ob weitere Kürzungen bei Arbeitslosen, »Rente mit 67«, »Gesundheitsreform« oder erhöhte Mehrwertsteuer – die Politik der schwarz-roten Koalition ist klar: Arbeitnehmer sollen drauf zahlen, Rentner und Arbeitslose geschöpft werden. Die Unternehmen werden weiter entlastet: Weniger Sozialversicherungsbeiträge, weniger Steuern, mehr Gewinne! **Diese Politik richtet sich gegen Millionen von Menschen, die von ihrer Arbeit oder von Sozialleistungen leben müssen.**

Es regt sich Unmut und Empörung. Die »Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen«? »Den Gürtel enger schnallen, weil wir über unsere Verhältnisse gelebt haben«? Immer weniger Menschen glauben daran. Viele haben in den Betrieben erlebt: Verzicht macht den eigenen Arbeitsplatz nicht sicherer. **Trotz Rekordgewinne vernichten Unternehmen wie etwa die Allianz Tausende von Arbeitsplätzen.** Wer arbeitslos ist und von ALG II leben muss, der weiß: Am Ende

des Geldes ist immer noch zu viel Monat übrig. Haltlose Missbrauchsvorwürfe und der Umgang auf den Ämtern rauben einem noch die letzte Würde ...

Doch solange alle nur zu Hause »auf die da oben« schimpfen, wird sich nichts ändern. Die Schwarz-Rote Koalition in Berlin wird weitermachen – solange wir sie lassen.

Höchste Zeit aufzustehen und auf die Straße zu gehen: Mach mit bei den Großdemonstrationen der DGB-Gewerkschaften am 21. Oktober in Berlin, München, Dortmund, Frankfurt und Stuttgart!

Nur wenn sich möglichst viele Menschen beteiligen, besteht die Chance, dass CDU/CSU und SPD ihre Pläne noch einmal überdenken. Nicht unbedingt aus Einsicht, sondern weil sie irgendwann wieder gewählt werden wollen.

Deshalb ist es wichtig am 21. Oktober ein machtvolles Zeichen zu setzen!

Erwerbslos – jetzt noch ärmer?! Erwerbslos – jetzt aufstehen!

Kaum zu glauben, aber es kommt immer schlimmer. Allein in diesem Sommer haben CDU/CSU und SPD viele drastische Einschnitte beim Arbeitslosengeld (ALG) II durchgesetzt. Vier Beispiele:

Eltern haften für Kinder

Eltern müssen jeden vorhandenen Euro auch mit ihren erwachsenen Kindern bis 25 Jahren im Haushalt teilen. Das trifft geringverdienende Arbeitnehmerhaushalte besonders hart: Ein bescheidener Lohn muss auf mehr Köpfe aufgeteilt werden.

Strafen drastisch verschärft

Wer innerhalb eines Jahres dreimal seine Pflichten verletzt, bekommt das ALG II einschließlich Warmmiete ganz gestrichen. Wer nichts anderes tut, als auf einem Arbeitsplatz mit Arbeitsvertrag und Arbeitnehmerrechten zu bestehen und deshalb 1-Euro-Jobs ablehnt, bekommt das ALG II entzogen und steht ohne Geld da.

Schonvermögen gekürzt

Das Schonvermögen wurde um ein Viertel abgesenkt. Bisher durfte z.B. eine 40-Jährige

8.000 Euro auf dem Sparbuch haben, künftig nur noch 6.000 Euro. Durch diese neue Hürde gelten viele nicht mehr als bedürftig und erhalten kein ALG II mehr.

Mitbewohner sollen zahlen

Wer länger als ein Jahr zusammen wohnt, steht auch finanziell für einander ein – vermuten die Ämter. Dann gibt es nur noch ein gekürztes oder gar kein ALG II mehr.

Und im Herbst drohen weitere Einschnitte. Jedenfalls wenn wir uns nicht wehren. Vor allem die Arbeitgeberverbände sowie CDU/CSU und FDP wollen das ALG II absenken:

- Der »Sachverständigenrat« fordert eine Kürzung von 345 Euro auf 242 Euro.
- Arbeitsminister Müntefering will die Freibeträge für Erwerbstätige zusammenstreichen – auch dadurch bleibt weniger Geld zum Leben.
- Bei Klagen vorm Sozialgericht drohen Gebühren, die sich Erwerbslose nicht leisten können. Das schwächt ihre Rechtsposition ganz erheblich.

Schluss mit in die Tasche packen!

Rente mit 67 bedeutet Rentenklau. 7,2 Prozent weniger Rente für alle, die keine Chance haben, bis 67 zu arbeiten. Viele Betriebe weigern sich schon heute, über 50-Jährige zu beschäftigen. Und viele Arbeitnehmer haben sich längst vor dem Rentenbeginn kaputt geschuftet. Die Renten-Abschläge treffen alle besonders hart, die länger arbeitslos waren und bereits Lücken bei den Rentenzeiten haben. Und: Eine längere Lebensarbeitszeit macht andere Arbeitnehmer arbeitslos!

Von dem geplanten **»Gesundheitsfond«** profitieren nur die Arbeitgeber. Ihr Beitragsatz zur Krankenversicherung wird eingefroren. Den Versicherten hingegen drohen schlechtere Leistungen und höhere Beiträge.

Denn wenn das Geld im Fonds nicht reicht, dann werden Extra-Beiträge allein bei den Versicherten erhoben. Übrigens: Wer glaubt schon daran, dass das ALG II dann entsprechend den Extra-Beiträgen aufgestockt wird?

Rund 30 Milliarden Euro werden durch die erhöhte **Mehrwertsteuer** abkassiert. Das trifft alle besonders hart, die ihr bescheidenes Einkommen vollständig für den Lebensunterhalt ausgeben müssen: Erwerbslose, Geringverdienende, Rentner und Haushalte mit Kindern. Reiche, die nur einen Teil ihres Einkommens für den Konsum auszugeben brauchen, werden nur relativ gering belastet. Und während die Mehrwertsteuer steigt, sollen die Unternehmen rund 5 Milliarden Steuern weniger zahlen ...

AKTIONSTAG

21
2006

OKTOBER
BERLIN | DORTMUND
FRANKFURT AM MAIN
MÜNCHEN | STUTTGART

Wir fordern!

Unser Land ist reich. Und der Reichtum wächst immer mehr. 26 Milliarden Euro war 2005 der Zuwachs des Volkseinkommens! »Wir« leben nicht über unserer Verhältnisse.

Das Problem sind die Unternehmens-Eigentümer und Vermögenden. Sie stellen immer dreistere Forderungen und wollen sich ein immer größeres Stück vom Kuchen einverleiben.

Einkommen zum Auskommen!

- ALG II auf 420 Euro erhöhen!
- Bedarfsdeckende Leistungen für Kinder!
- Kein Lohn unter 7,50 Euro/Stunde – mindestens!

Ein Recht auf »gute« Arbeit!

- Öffentliche Investitionen, die Arbeit schaffen und der Bevölkerung zu Gute kommen!
- Eine Umverteilung der Arbeitszeit auf mehr Köpfe und Hände!
- Nur tariflich bzw. örtlich entlohnte Arbeit darf zumutbar sein!
- Umwandlung der 1-Euro-Jobs in reguläre Stellen, von denen man leben kann!

Reiche zur Kasse bitten!

- Wer viel hat, der muss auch stärker herangezogen werden um öffentliche Aufgaben zu finanzieren!
- Vermögenssteuer einführen, Spitzensteuersatz erhöhen!